

Für ganz Großbritannien und Irland nimmt Bestellungen entgegen die deutsche Buchhandlung von Franz Thimm, 3 Brook Street Grosvenor Square, London, W. und 32 Princess Street, Manchester.

Die Danziger Zeitung erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Festtage um 5 Uhr Nachmittags. Bestellungen werden in der Expedition (Gerbergasse 2) und auswärts bei allen kgl. Post-Anstalten angenommen.

Preis pro Quartal 1 Thlr. 15 Sgr., auswärts 1 Thlr. 20 Sgr. Insetionsgebühr 1 Sgr. pro Petitzeile oder deren Raum. Inserate nehmen an: in Berlin: A. Kietzschner, Kurstraße Nr. 50, in Leipzig: Heinrich Gubner; in Altona: Haafenstein u. Bogler; in Hamburg: J. Tietzsch.

Danziger



Beitung.

Organ für West- und Ostpreußen.

Die Danziger Zeitung wird auch im nächsten Quartal in bisheriger Weise erscheinen. Der Abonnementspreis beträgt in der Stadt 1 Thlr. 15 Sgr., auswärts 1 Thlr. 20 Sgr. bei allen kgl. Postämtern, sowie bei unsern Agenten:
für Bromberg: Hofbuchhändler Louis Levit,
für Elbing: Neumann-Hartmann's Buchhandlung,
für Königsberg: Eduard Kühn, Danziger Keller Nr. 3,
für Stettin: Carl Jänke, gr. Oberstr. Nr. 5.

Amtliche Nachrichten.

Se. Majestät der König haben Allergnädigst geruht:
Den ordentlichen Mitgliedern der wissenschaftlichen Deputation für das Medizinalwesen Geheimen Medizinal-Räthen Dr. E. Mit-
scherlich und Dr. Jüngken den Character als Geheimen Ober-Medizinal-Rath zu verleihen.

Telegraphische Depesche der Danziger Zeitung.

Angelommen 11½ Uhr Vormittags.

Paris, 23. Juni. Der „Moniteur“ theilt heute in seinem amtlichen Theile die Note mit, in welcher der Kaiser Napoleon III. den König Victor Emanuel als König von Italien anerkennt. Die Note fügt hinzu, daß die französischen Truppen so lange in Rom bleiben werden, als die Interessen, welche dieselben dahin führten, nicht durch hinreichende Garantien gewahrt sind.

(N. C. T.) Telegraphische Nachrichten der Danziger Zeitung.

Turin, 23. Juni, Abends. Ein hier eingetroffenes Telegramm aus Messina vom heutigen Tage meldet, daß 120 Bourbonische bei Syracusa gelandet, durch Truppen umzingelt und verhaftet worden seien; 23 seien erschossen worden. Bei Abgang der Depesche herrschte Ruhe.

London, 23. Juni, Abends. Nach hier eingegangenen Berichten aus New York vom 15. d. hatten die Bundesstruppen Monroe bei Nacht verlassen, um die feindliche Position anzugreifen, waren aber genöthigt, nachdem sie in einen Hinterhalt gefallen waren und im Dunkeln auf einander geschossen hatten, nach Monroe sich zurückzuziehen. Die Separatisten hatten Harpers Ferry geräumt und die ganze Potomaclinie verlassen. Missouri hatte die Partei des Südens offen ergriffen.

Nach Berichten aus Shanghai vom 4. Mai haben die Insurgenten Hankow genommen. — In Tientsin fing der Pandel an sich zu beleben.

Paris, 23. Juni. Wie der heutige „Moniteur“ anzeigt, haben die Behörden von Vich bekannt gemacht, daß der Kaiser während seines Aufenthaltes in jenem Badeorte weder Deputationen, noch einzelne Personen empfangen werde, weil er nur für seine Gesundheit daselbst sorgen wolle.

Paris, 23. Juni. (H. N.) Der Kaiser geht am 3. Juli nach Vich. Persigny begibt sich auf einige Tage nach England. Villault wird interimistisch das Ministerium des Innern übernehmen. Marquis Cabarette wird am 26. von Konstantinopel abreisen. — Alapa ist gestern in Paris eingetroffen, um sich nach London zu begeben.

Die Nichtausführung des Artikel 15 der Verfassung.

Wir haben schon darauf hingewiesen, daß die Concentration der nationalen Kräfte auf die Erreichung des Einen großen Zieles,

* Die China-Japan-Expedition.

(Fortsetzung.)

Bei Gelegenheit des Theaterbesuchs fiel mir zum ersten Male das furchtbar elende und krankhafte Aussehen vieler Chinesen der niedrigen Klasse auf, in dem bläugeligen Gesichte, das nicht mehr Fleisch hatte, als ein mit Pergament überzogener Schädel, brannten die Augen tief eingesunken mit fieberhaftem Feuer, und an den Armen und Beinen traten Sehnern und zusammengeschrunpene Muskeln mit erschreckender Genauigkeit durch die dünne und runzelige Haut. Dazu war ihr ganzes Aussehen und der Zustand ihrer Kleidung vollkommen vernachlässigt und heruntergekommen, und ihr ganzes Wesen zerstreut und abgezogen, daß sie selbst in dieser wenig glänzenden Versammlung sogleich als die Ueberbleibsel der Ueberlebenden sich markirten. Auf meine Frage an einen mit Singaporer Verhältnissen vertrauten Begleiter erfuhr ich, daß diese Leute Opiumraucher wären und wir beschloßen, ein diesem Vergnügen gewidmetes Lokal zu besuchen, deren es leider dort sehr viele giebt.

Die Kneipe war ein langes, schmales und niedriges Gemach, dessen Thür sich unmittelbar nach der Straße öffnete. Es war vollständig mit dem süßlichen Rauche des Opiums angefüllt und die Zahl der Besucher sehr groß. Neben dem Eingange stand ein hohes Bult, ohngefähr wie ein Schreibsecretair, und hinter demselben saß ein alter, elender, magere Chineser, welcher aus einer blechernen Dose die geforderte Quantität Opium mit einem heiß gemachten Drahte herauszog, dieselbe nach der Befestigung, die zu diesem Zwecke zwischen je zwei Kunden stand, einen Draht warm, nahm damit von den Opium-Tropfen, die auf seinem Paßbrette fließen, einen und schmierte ihn in die etwa erbsengroße Öffnung seiner Pfeife und dann, nachdem er die Pfeife angezündet und die wenigen Züge Rauch, welchen der Opium-Tropfen lieferte, eingeatmet hatte, lehnte er seinen Kopf auf das Ruhebrett und wartete die Wirkung ab. Diese Operation wiederholte er nach einer Weile, und dann in immer längeren und längeren Zwischenräumen, bis ihm die Pfeife endlich aus der Hand fiel und er selbst in der vollkommensten Betäubung dalag. Und da lagen sie denn neben einander, Chinesen und Sinesen und Malaien, da lag der alte elende magere Raucher, dessen abgestumpfte Nerven eine lange Reihe von Pfeifen bedürftigen, um in die erlöschte Aufregung zu kommen, neben dem jungen Anfänger, dem wenige Züge die Herrschaft über seine noch frischen und runden Glieder genommen hatten; Niemand kümmerte sich um seinen Nachbarn, und durch das ganze mit Menschen erfüllte Gemach herrschte tiefe Grabesstille. Interessant war es, die fortschreitende Wirkung des Rauches zu beobachten. Nach den ersten Pfeifen rüthete sich das Gesicht des Rauchers, die erschloffen und ersten Muskeln schwellen an und spann-

der politischen Einigung Deutschlands nicht darunter leidet, wenn in unserem Wahlprogramme neben der Einen Hauptmaßregel, welche die Grundbedingung alles Fortschreitens überhaupt ausmacht, wenn neben der durchgreifenden Umgestaltung des Herrschaftes zugleich alle diejenigen Maßregeln gefordert werden, die nur nach dieser Umgestaltung durchgesetzt werden können, ohne deren Durchführung aber dem deutschen Volke, das preussische nicht ausgeschlossen, jedes Vertrauen zu der Befähigung der preussischen Regierung für die Erfüllung ihrer nationalen Aufgabe fehlen würde. Wir halten es darum auch keineswegs für schädlich, wir halten es vielmehr für höchst nothwendig, gerade jetzt die Aufmerksamkeit aller derer, die unseren Staat in die rechte Bahn gebracht wissen wollen, u. A. auch auf die noch immer und ohne irgend einen zureichenden Grund vertagte Ausführung des Art. 15 der Verfassung zu richten. „Die Trennung des Staates von der Kirche“, welche unser Programm in Beziehung auf die Ehe- und die Unterrichtsgesetzgebung besonders betont, ist eine mehr als bloß politische Frage; sie ist geradezu eine Forderung des religiösen Gewissens aller derer, die die Kirche nicht mit der Kreuzzeitungspartei zu einer Polizei-Anstalt herabgesetzt wissen wollen. Darum appelliren wir auch nicht an die religiösen Ueberzeugungen unseres Ministers der geistlichen Angelegenheiten, sondern nur an seine Verfassungstreue.

Der Artikel 15 enthält den Satz: „die evangelische und die römisch-katholische Kirche, so wie jede andere Religionsgesellschaft, ordnet und verwaltet ihre Angelegenheiten selbstständig.“ Nach Herrn v. Vinde ist dieser Artikel ausgeführt, weil er in der Verfassung steht, darüber ist natürlich nichts weiter zu sagen. Nach der Meinung, die einst Herr v. Kammer aussprach, und die noch heute den ungetheilten Beifall der Kreuzzeitungspartei besitzt, ist derselbe ebenfalls ausgeführt, aber freilich aus einem andern minder einfachen, doch darum nicht weiseren Grunde. Der König, so lautet das tief sinnige Raisonnement, birgt in der Einheit seines Wesens die dreifache Persönlichkeit eines Staatsoberhauptes, eines Kriegsherrn und eines vornehmsten Gliedes (eines praecipuum membrum) der evangelischen Kirche. Als Staatsoberhaupt ist er leider an die Bestimmungen der Verfassung und nicht an die frommen oder unfrommen Wünsche und Willensmeinungen des Junkerthums gebunden. Als Kriegsherr dagegen und als vornehmstes Glied der evangelischen Kirche hat er volle Freiheit, so zu schalten, wie es den Junkern nur irgend beliebt mag. Abgesehen davon, daß jeder selbstbewußte Monarch und zumal jeder echte Sohn des Hohenzollern'schen Stammes an dieser eigenthümlichen Art von Freiheit schwerlich eine besondere Freude haben dürfte, so weiß, ohne daß wir das noch zu beweisen nöthig haben, weder die preussische Geschichte, noch die preussische Verfassung, noch der gesunde Menschenverstand irgend etwas von jener sonderbaren Art von Dreieinigkeit. Wir kennen in Preußen nichts

als den König, dessen Rechte, die in ihrer ganzen Fülle urkundlich in unserer Verfassungsurkunde niedergeschrieben sind, dem jedesmaligen Haupte der Hohenzollern'schen Familie zustehen. So lange daher der König fortfährt, in höchster Instanz die Angelegenheiten der evangelischen Kirche zu ordnen und zu verwalten, so lange werden dieselben nicht von ihr selbst, sondern sie werden (s. Artikel 44 der Verf.) geordnet und verwaltet durch „Regierungsacte des Königs“, die „zu ihrer Gültigkeit der Gegenzeichnung eines Ministers bedürfen.“ Der Minister aber übernimmt durch diese Gegenzeichnung „die Verantwortlichkeit“ für dieselben und zwar nicht der Kirche, sondern den Gesetzen und der Verfassung des Staates gegenüber. Hat er durch seine Gegenzeichnung die Verfassung oder andere Staatsgesetze verletzt, so ist es auch nicht die Kirche, die ihn deshalb in Anklagestand versetzen kann, sondern es sind die beiden Häuser des Landtages oder die Staatsanwälte, denen ein solches Recht und eine solche Pflicht obliegt.

In diesem Sinne, wenn freilich auch nicht mit dieser Schärfe, hat selbst der gegenwärtige Minister der geistlichen Angelegenheiten im Gegensatze gegen Herrn v. Vinde sich ausgesprochen. Er hat ausdrücklich erklärt, daß in Betreff der evangelischen Kirche der Art. 15 der Verfassung noch nicht ausgeführt sei. Aber er solle und müsse ausgeführt werden; doch habe das nicht dadurch geschehen können, daß der König sofort die Regierung der Kirche aus der Hand gegeben hätte, denn dann wäre sie verfassunglos, sogleich zur selbstständigen Verwaltung ihrer Angelegenheiten unfähig gewesen und geblieben. Es müsse daher erst von der bisherigen Kirchengewalt eine Verfassung, von der Gemeindeordnung bis zu einer Landessynode aufsteigend, geschaffen werden, bevor das Staatsoberhaupt von dieser Verwaltung zurücktreten könne.

Wir sind nun allerdings nicht der Meinung, daß die evangelische Kirche, wenn die staatliche Bevormundung plötzlich aufgehört hätte, nun wie ein unmündiges Kind dem Untergange verfallen gewesen wäre. Vielmehr begen wir die feste Ueberzeugung von der Alles überwindenden Macht des religiösen Bewußtseins, daß dasselbe die ihm angemessene kirchliche Form ohne Zweifel selbst gefunden haben würde. Ja, wenn wir sehen, mit welchem Widerwillen auf der einen, und mit welcher unaussprechlichen Gleichgültigkeit auf der andern Seite die von dem früheren und dem gegenwärtigen Minister vorgeschlagenen und contrasignirten kirchlichen Einrichtungen von den Mitgliedern der evangelischen Kirche, mit fast einziger Ausnahme derer, die an riner politischen Behandlung der heiligsten Angelegenheiten des Menschen ihr Wohlgefallen, in allen Kreisen der Gesellschaft angenommen worden sind, so müssen wir wohl besorgen, daß unsere evangelische Kirche sich unendlich schwerer aus den schweren Fesseln dieser Ordnungen zu wirklichem Leben wieder erholen wird, als sie die von dem Herrn Minister befürchtete Anarchie überwunden haben würde.

als den König, dessen Rechte, die in ihrer ganzen Fülle urkundlich in unserer Verfassungsurkunde niedergeschrieben sind, dem jedesmaligen Haupte der Hohenzollern'schen Familie zustehen.

So lange daher der König fortfährt, in höchster Instanz die Angelegenheiten der evangelischen Kirche zu ordnen und zu verwalten, so lange werden dieselben nicht von ihr selbst, sondern sie werden (s. Artikel 44 der Verf.) geordnet und verwaltet durch „Regierungsacte des Königs“, die „zu ihrer Gültigkeit der Gegenzeichnung eines Ministers bedürfen.“ Der Minister aber übernimmt durch diese Gegenzeichnung „die Verantwortlichkeit“ für dieselben und zwar nicht der Kirche, sondern den Gesetzen und der Verfassung des Staates gegenüber. Hat er durch seine Gegenzeichnung die Verfassung oder andere Staatsgesetze verletzt, so ist es auch nicht die Kirche, die ihn deshalb in Anklagestand versetzen kann, sondern es sind die beiden Häuser des Landtages oder die Staatsanwälte, denen ein solches Recht und eine solche Pflicht obliegt.

In diesem Sinne, wenn freilich auch nicht mit dieser Schärfe, hat selbst der gegenwärtige Minister der geistlichen Angelegenheiten im Gegensatze gegen Herrn v. Vinde sich ausgesprochen. Er hat ausdrücklich erklärt, daß in Betreff der evangelischen Kirche der Art. 15 der Verfassung noch nicht ausgeführt sei. Aber er solle und müsse ausgeführt werden; doch habe das nicht dadurch geschehen können, daß der König sofort die Regierung der Kirche aus der Hand gegeben hätte, denn dann wäre sie verfassunglos, sogleich zur selbstständigen Verwaltung ihrer Angelegenheiten unfähig gewesen und geblieben. Es müsse daher erst von der bisherigen Kirchengewalt eine Verfassung, von der Gemeindeordnung bis zu einer Landessynode aufsteigend, geschaffen werden, bevor das Staatsoberhaupt von dieser Verwaltung zurücktreten könne.

Wir sind nun allerdings nicht der Meinung, daß die evangelische Kirche, wenn die staatliche Bevormundung plötzlich aufgehört hätte, nun wie ein unmündiges Kind dem Untergange verfallen gewesen wäre. Vielmehr begen wir die feste Ueberzeugung von der Alles überwindenden Macht des religiösen Bewußtseins, daß dasselbe die ihm angemessene kirchliche Form ohne Zweifel selbst gefunden haben würde. Ja, wenn wir sehen, mit welchem Widerwillen auf der einen, und mit welcher unaussprechlichen Gleichgültigkeit auf der andern Seite die von dem früheren und dem gegenwärtigen Minister vorgeschlagenen und contrasignirten kirchlichen Einrichtungen von den Mitgliedern der evangelischen Kirche, mit fast einziger Ausnahme derer, die an riner politischen Behandlung der heiligsten Angelegenheiten des Menschen ihr Wohlgefallen, in allen Kreisen der Gesellschaft angenommen worden sind, so müssen wir wohl besorgen, daß unsere evangelische Kirche sich unendlich schwerer aus den schweren Fesseln dieser Ordnungen zu wirklichem Leben wieder erholen wird, als sie die von dem Herrn Minister befürchtete Anarchie überwunden haben würde.

mit erhabenen goldenen Lettern Denksprüche des Confucius, natürlich für uns unverständlich, aufgeschrieben waren, und hiernach schieden wir unter einem großen Aufwand von Händeschütteln. Es ist komisch, mit welcher erbarmungslosen Gewissenhaftigkeit die Chinesen und alle im gleichen Range stehenden Völker auf das Händeschütteln halten, und mit welcher Ungeschicklichkeit und Gezwungenheit sie es treiben thun; man sieht es ihnen an, sie halten es für eine lästige und schwierige Ceremonie, aber für eine Ceremonie, die um keinen Preis umgangen werden darf.

Uebrigens muß ich hier nachholen, daß jedes chinesische Haus eine Privatsynagoge, wenn ich sie so nennen darf, enthält; in jedem befindet sich im untersten Stockwerke, in dem Raum, der unsern Hausflur entspricht, ein aus Holz geschnitztes Bild, mit einem Altar und einer brennenden Lampe davor und einer schwarzen mit goldenen Lettern bedeckten Tafel daneben. Dies ist die schützende Hausgöttheit. Außerdem haben sie aber auch ihre Tempel, in denen sie sich zu gemeinschaftlichen Götterdiensten versammeln, wie überhaupt in Singapore die Freiheit der Religion in der vollkommensten Weise herrscht. Die eiserne Hand des englischen Gesetzes drückt jeden Versuch zur Empörung, jede Unternehmung gegen Leben und Eigentum mit erbarmungsloser Kraft darnieder, aber um die Religion kümmert es sich nicht, und jeder mag sich den Schöpfer der Welt in der Form denken, die ihm die Würdigkeit erscheint, und bei seinen Gebeten den Vermittler wählen, der ihm am meisten zusagt. Die christliche Kirche, der Buddha-Tempel, die Pagode der Chinesen und die Moscheen stehen neben einander, aber die Befenner dieser verschiedenen Religionen sind von der vollkommensten Duldsamkeit für einander befeelt, und Anipathien, Anfeindungen oder gar Profelytenmacherei kennt man nicht.

Wenn wir nun nach einer Wanderung durch die in den Schleier der Nacht gehüllte Stadt, wie ich sie in Vorstehendem zu schildern versucht habe, an Bord zurückkehren, bedienten wir uns in der Regel eines Malaien-Bootes, Proe genannt, von denen stets eine große Anzahl am Landungsplatze bereit lag, während ihre Besatzungen die und da im Grafe zerstreut schliefen. Diese Boote lassen sich am besten mit unsern Gigs vergleichen, aber die Schönheit ihrer Linien und die Eleganz ihrer Form stellen sie weit über dieselben. Sie sind vorn und hinten scharf zulaufend, und stammen ohne Zweifel von dem ausgehöhlten Baumstamm ab, in dem die ursprünglichen Bewohner dieser Gegenden zuerst diese glücklichen Gemäßer befuhren, und der nach und nach diese wunderbaren Formen angenommen hat. In der Mitte derselben oder etwas hinter derselben ist die Bank für die Passagiere und vorne, mit den Gesichtern nach hinten gekehrt, sitzen in der Regel sechs Ruderer, welche die Proe pfeilschnell durch das Wasser treiben, während hinten ein kleiner Junge, glatt wie ein Aal und gelenkig wie ein Affe, steuert.

(Fortsetzung folgt.)

Doch das sind Betrachtungen, denen wir bei einer Besprechung von Herrn v. Bethmann Hollweg contrasignierten Cabinetordre, über die Einrichtung von Kreisynoden in der Provinz Preußen vom 5. Juni d. J. weiter nachgehen werden. Ueberdies sind es Betrachtungen, gegen welche die Abgeordneten unseres Landes als solche sich gänzlich indiffernt zu verhalten haben; denn ihres Amtes ist die Vertretung des Staates und nicht die der Kirche. Wohl aber haben sie dafür zu sorgen, daß der Art. 15 der Verfassung endlich auch für die evangelische Kirche eine Wahrheit werde. Wenn sie den Willen dazu haben, so fehlt es ihnen an der Macht nicht. Denn wenn sie jenen Artikel wirklich durchgeführt wissen wollen, so werden sie auch wissen, daß sie die Ausgaben für den Oberkirchenrath und die Consistorien gar nicht mehr oder nur noch bis zu einem bestimmten kurzen Termine bewilligen dürfen. Es ist das eine Pflicht, die ihnen von der Verfassung selber auferlegt ist. Hoffen wir, daß unsere künftigen Abgeordneten dieselbe begreifen werden. Es liegt an uns, nur solche Männer zu wählen.

Deutschland.

Berlin, 23. Juni. Se. Maj. der König, welcher in Folge einer Erkältung einige Tage unpfählig war und das Zimmer hütete, ist wieder so weit hergestellt, um gestern Nachmittag eine Spazierfahrt machen zu können.

— Wie der „A. A. Z.“ gemeldet wird, hat das Militär-Gericht seinen Spruch über den General Frhrn. v. Mantouffell in dessen Duell-Angelegenheit bereits gefällt. Derselbe bedarf jedoch noch der Kgl. Bestätigung.

— Die „Nachener Zeitung“ schreibt sehr richtig über den Huldigungsstreik: „Die Huldigungs-Feierlichkeiten spielen jetzt eine große Rolle in unserer Presse. Es ist eine zarte Frage, die sich selbst beschämt fühlen muß, der Art an die Öffentlichkeit gerzert worden zu sein. Die Reaction hat Alles zu verderben gesucht, indem sie sich zwischen Thron und Volk drängte und aus einem einfachen, wohlgeordneten Erguß der Volksmeinung einen Act zu machen dachte, der hinter dem Rücken der Verfassung und des officiellen Bewußtseins allerlei abgeforderte Ideen wieder ins Leben rufen sollte. Da sollte die Feier in die Hand ständischer Corporationen gelegt werden, von denen die Nation nichts mehr wissen will, die ohnehin nichts mehr bedeuten und im Widerspruch mit der Zeit stehen. Man wollte Classen in die erste Reihe nächst dem Throne schieben, die nichts sind und nichts haben, gegenüber dem Vermögen der übrigen Nation, und die jedenfalls vor der Verfassung, wie sie ist, und noch weniger, wie sie werden muß, kein Recht des Vorzuges haben. Die Frage wurde dadurch vollständig verbittert, ohne daß irgend ein Grund dazu vorhanden war, lediglich durch die Schuld einer kleinen Partei, die nichts schenkt, selbst nicht das Ansehen der Krone, um nur wieder eine mächtige zu werden.“

— Der ständige Ausschuss des deutschen Handelslages trat heute Vormittag 10 Uhr zu seiner ersten Sitzung im Focale der hiesigen Disconto-Gesellschaft zusammen. Zu wichtigen Verhandlungen konnte es heute noch nicht kommen, weil mehr oder minder alles davon abhängen wird, welche Position der Herr Handelsminister v. d. Heydt, der bekanntlich heute die Mitglieder des Ausschusses empfängt, zu denselben einnehmen wird. Zu morgen hat das Aeltesten-Collegium der hiesigen Kaufmannschaft ein Fest arrangirt, um dadurch die Mitglieder des Ausschusses, die mehr oder minder doch als die Vertreter des gesamten deutschen Handelsstandes anzusehen sind, zu ehren.

— Einer guten Quelle verbannt die „S. u. H. Z.“ die Nachricht, daß der Kaiser Napoleon die Absicht hat, nachdem er in Vichy einer Diplomaten-Conferenz präsidirt haben wird, an die Vertreter der fremden Cabinette Einladungen zu erlassen.

— Zu Bernburg erregt eine kürzlich ohne den Namen des Verfassers erschienene Schrift mit dem Titel: „Stimmen aus Anhalt-Bernburg. Die Scheidung des Altbiums vom Staatsvermögen“, großes Aufsehen. Der Verfasser beschuldigt den Minister geradezu, Theile des Staatsvermögens zu Gunsten der Wittregentin in Altbialgut umgewandelt zu haben und dies noch zu wollen.

— (R. Z.) Die Polizei-Beörden und Ortsvorstände sind neuerdings darauf hingewiesen worden, daß sie Hausfuchungen in der Regel nicht eigenmächtig und ohne Veranlassung durch die Staats-Anwaltschaft vornehmen sollen, dagegen in allen Fällen, wo beim Vorhandensein einer strafbaren Handlung auf einer bestimmten Person dringender Verdacht ruht, und durch die mit der vorherigen Angehung der Staats-Anwaltschaft verbundene Verzögerung der Zweck der Hausfuchung vorwiegend verschleht würde, weil die verdächtige Person Zeit gewinnt, die aufzuwendenden Gegenstände bei Seite zu schaffen, eben so beauftragt, wie verpflichtet sind, Hausfuchungen auch selbstständig und ohne vorherige Verabredung mit der Staatsanwaltschaft vorzunehmen. In jedem solchen Falle ist aber strengstens zu erwägen, welcher Art die Verbachtsgründe sind und welcher Beschaffenheit die strafbare Handlung, deren Jemand beschuldigt ist, und danach zu bemessen, ob eine Hausfuchung zur Feststellung des Thatbestandes erforderlich ist oder nicht. Von jeder aus eigenem Anlasse vorgenommenen Hausfuchung, die ohne ein Resultat gehabt haben oder nicht, muß der Staatsanwaltschaft jedoch in 24 Stunden Anzeige gemacht werden.

— Gustav Rasch schreibt dem „Schl. Morgenbl.“ von hier: „Der Rücktritt unseres Ministers des Auswärtigen, Hr. v. Schleinitz, steht nun auch bestimmt bevor. Unsere auswärtige Politik wird sich wahrhaftig darüber nicht zu beklagen haben. Die Doreley-Affaire, die Schlippenbach-Angelegenheit, die italienische Programmpolitik, der Streit mit Lord John wegen der Macdonaldaffaire, die Erklärung über die öffentliche Meinung in der Kammer und über die zerschnittenen Telegraphen-Drähte haben uns wahrhaftig in Europa nicht in Respekt gesetzt. Uebrigens sind das Alles nicht die Gründe des Rücktritts unseres Ministers des Aeußern. Der eine Grund ist ein sehr einfacher. Herr v. Schleinitz macht sich in der That nicht viel daraus, Minister zu sein. Er ist kränzlich, die Arbeiten und Aufregungen greifen ihn an, dann ist Herr v. Schleinitz reich und so convenient ist ihm vollkommen, der Verwaltung des äußeren Amtes entbunden zu sein. Der zweite Grund seines Rücktritts ist aber ein entschieden politischer. Der Streit mit Lord John hat die ganze englische Partei am Hofe, besonders aber den Kronprinzen und dessen Gemahlin, die Prinzessin Victoria, äußerst unangenehm berührt. Man ist bei Hofe geneigt, ein sehr günstiges Verhältniß mit England herzustellen, und das geht nach den Noten in der Macdonald-Affaire natürlich so lange nicht, als Herr v. Schleinitz das Portefeuille des Aeußern hat. Da nun diese politische Combination mit dem persönlichen Wunsche des Ministers übereinstimmt, so ist das gewünschte Resultat leicht herbeizuführen. Schließen Sie indes aus allen diesem ja nicht auf ein Vorgehen unserer Regierung in entschiedener liberaler Richtung. Man denkt nicht daran; im Gegentheil will man das Ministerium gegen die Zeit der Einberufung des Landtages viel conservativer gestalten. Man erwartet nämlich eine Kammer von entschieden liberaler oder gar demokratischer Färbung, und da will man in einem conservativ zusammengefügten Ministerium ein Gegengewicht finden. Es wäre die unglücklichste Politik, welche die Regierung einschlagen könnte, eine Politik, welche sie noch weniger zu moralischen Eroberungen geeignet machen könnte, als wie unsere wahrhaftig nicht beneidenswerthe Vergangenheit.“

— Die wesentlichen Bestimmungen der dem gemeinschaftlichen Landtage der Herzogthümer Coburg und Gotha vorgelegten Militär-Convention sind (der „Dorf.“ zufolge) folgende: Preußen übernimmt die vollständige Erhaltung des herzoglichen Contingentes in Krieg und

Frieden gegen eine Pauschsumme. Die reglementarischen Bestimmungen der preussischen Armee erhalten in den Herzogthümern Gültigkeit. Die Offiziere werden nach dem Dienstalter der preussischen Armee einverleibt und geben in den preussischen Staatsverband über. Sie leisten dem König den Feudeneid, doch werden sie mittels Handschlags verpflichtet, für die Dauer ihres Commandos beim Contingent dem Herzog treu und redlich zu dienen, seinen Nutzen zu befördern, Schäden aber abzuwenden. Die ins Contingent eintretenden „Unterthanen“ leisten dem Herzog den Feudeneid. Der Herzog steht zum Contingente im Verhältniß eines commandirenden Generals. Preußen befehligt die Offiziere aller Grade, jedoch im Einverständnis mit dem Herzoge. Der Eintritt und der Austritt der Wehrpflichtigen erfolgt nach den Gesetzen der Herzogthümer, doch wird die Präsenzzeit bei der Fahne auf zwei Jahre, die Gesamt-Dienstzeit auf 6½ Jahr verlängert. Die preussischen Bestimmungen über den freiwilligen Dienst werden in den Herzogthümern eingeführt. Diese Dienstpflicht kann überall in Preußen geleistet werden. Wer auf Beförderung dienen will, kann in die preussischen Militär-Bildungs-Anstalten eintreten. Politisches Einschreiten des Contingentes ist nur auf vorgängige Requisition der einheimischen Civilbehörden statthaft. Die Convention soll vorläufig auf 10 Jahre abgeschlossen werden.

— Des verstorbenen Königs von Preußen Todtenmaske ist von dem Bildhauer Albert in carrarischem Marmor nachgebildet worden und wird auf Befehl der Königin-Wittve, welche dieselbe für 1000 Thlr. angelaufen hat, im Sterbezimmer Friedrich Wilhelms IV. im Schlosse von Sanssouci aufgestellt werden.

— Die von Hindeloy 1851 vorgenommene Organisation der hiesigen Criminal-Polizei soll, wie man hört, wieder aufgegeben werden, namentlich würden die Polizei-„Autenants“, wie anderwärts und früher, in Polizei-Commissare, der Polizei-„Hauptmann“ wieder in einen Polizei-Inspector u. s. w. umgewandelt werden. Auch die Schutz-männer sollen wieder den Gendarmen Platz machen.

— Das große Avancement für die Armee soll, wie nunmehr gesagt wird, mit den größeren Festlichkeiten in Verbindung gebracht werden, welche hier und in Königberg stattfinden sollen.

— Wie man vernimmt, soll die vom 1. Juni ab erscheinende offiziöse „Stern-Zeitung“ täglich zweimal in dem Format der Kölnischen, erscheinen. Die Hauptleitung derselben wird, einer Correspondenz der „Königsb. S. Zg.“ zufolge, das Mitglied der Central-Preßstelle, Weppennig, übernehmen, neben ihm aber ein nomineller Redacteur aufgestellt werden.

— Das furchtbare Unwetter (eine Windhose), welches Sonnabends Nachmittag über Berlin fortzog, hat in der nächsten Umgebung der Stadt beträchtlichen Schaden angerichtet. Von Südwesten nach Nord-Osten ziehend, hat es nur den nördlichen Theil des Reichthums getroffen, dort aber auch in einer furchtbaren Weise gewüthet. Nicht nur, daß auf allen Straßen jener Gegend, namentlich in der Pappelallee und auf dem Wege nach Tegel über 70 große prachtvolle Bäume von dem orkanartigen Sturme theils abgebrochen, theils mit den Wurzeln aus der Erde gerissen sind, hat es in der Pappelallee mehrere Häuser sehr erheblich beschädigt, von einigen die Bedachung abgerissen und mehrere hundert Fuß weit fortgeschleudert, eines derselben aber so in seinen Grundstein erschüttert und aus allem Gefüge gerissen, daß die zahlreichen Bewohner desselben gezwungen waren, dasselbe sofort zu räumen, um nicht unter den Trümmern des Hauses, das jeden Augenblick zusammenstürzen konnte, begraben zu werden. Auf der Tegeler Chaussee war die Pappelallee durch die über den Weg gestürzten alten Pappeln auf mehrere Stunden gänzlich unterbrochen, und konnte dieselbe nur durch Beihilfe einer starken Abtheilung Artillerie, welche von dem nahen Schießplatz herbeieilte, in so kurzer Zeit wieder fahrbar gemacht werden. Vor dem Grenzauer Thore brannte während des Sturmes auch eine Windmühle nieder, die auf eigentümliche Weise, indem die nicht gehörig befestigten Windmühlensflügel sich plötzlich in Bewegung setzten, durch Selbstentzündung in Brand gerieth und bei dem starken Winde natürlich nicht zu löschen war. Weiter nördlich entlief sich das Unwetter mit einem furchtbaren Hagelschlag, und sind namentlich in der Gegend von Hakenbusch und Strausberg die Fluren durch die Schlossen, welche in der Größe von Laubeneien niederstürzten, ganz zertrümmert worden. In der Stadt selbst hat das Wetter nur wenig Schaden gethan. In dem etwa eine Meile von hier entfernten Dorfe Hohenhof ereignete sich dabei folgender merkwürdiger Vorfall. Zwei bei dem Gutsbesitzer beschäftigte Arbeiter, Vater und Sohn, schliefen auf dem über dem Schaffall gelegenen Boden auf zwei Strohläden, die nur eine Hand breit von einander entfernt waren, als plötzlich der Sohn von seinem Lager aufsprang und seinen Vater mit den Worten: „Vater, es brennt!“ erweckte. In der That standen die Strohläden, auf welchen die beiden bis dahin geschlafen hatten, in Flammen. Auf ihren Füßern eilten beide sofort herbei und das Feuer wurde, ehe es weiter um sich greifen konnte, gelöscht. Wie sich ergab, hatte das Gewitter eingeschlagen; der Blitz war durch die offene Bodenlücke gefahren, hatte seinen Weg den zwischen den beiden Strohläden befindlichen Zwischenraum entlang genommen und solche in Flammen gesetzt. Die beiden Arbeiter waren mit dem Schreden davon gekommen.

Stettin, 24. Juni. (H. S. Z.) Gestern Vormittag und Nachmittag fielen hier furchtbare Gewitterregen, so daß die Straßen gänzlich überschwemmt waren. Die großen Wassermassen unterpflüßten die Stützen eines in Reparatur befindlichen, zwei Stock hohen Hintergebäudes in der großen Domstraße, welches Mittags in sich zusammenstürzte. Menschen sind dabei nicht zu Schaden gekommen.

Bielefeld, 23. Juni. Das Berliner Wahlprogramm findet in der großen, entschiedenen liberalen Partei die vollste Anerkennung. Die Constatuirung des Comités wird demnächst vor sich gehen.

Aus Frankfurt a. M., 22. Juni schreibt man der „Zeit“: „An der in Kassel übergebenen energischen Note Preußens schreit doch etwas Wahres zu sein. Der Kurfürst ist nach unseren Nachrichten wieder schlechter als je auf Preußen zu sprechen, und wird den erledigten Gesandtenposten in Berlin wohl fürs Erste nicht neu besetzen.“

Oldenburg, 20. Juni. In einer zahlreich besuchten Versammlung von Mitgliedern des deutschen Nationalvereins aus Oldenburg, Bremen, Hannover, wurden am 9. Juni folgende Resolutionen angenommen:

1) Die Herstellung einer deutschen Kriegsflotte ist ein dringendes Bedürfnis für die Vollendung eines nationalen Behelfsystems. Nur im Besitz einer mächtigen Kriegsflotte ist Deutschland im Stande, die ihm unter den Nationen der Welt gebührende Stellung zu erlangen und zu behaupten.

2) Die vollständige Erreichung dieses Zieles ist erst nach Begründung einer kräftigen Centralgewalt zu erwarten. Aber es ist gleichwohl eine Aufgabe der einzelnen, insbesondere der Küstenstaaten, schon jetzt auf dasselbe hinzuarbeiten. Namentlich haben die Nordseestaaten, der Bereitwilligkeit entsprechend, die Preußen ihnen entgegen bringt, auf dem Grunde dieser Staat zur Herstellung einer deutschen Flotte gelegt hat, fortzubauen und bald möglichst für die Beschaffung einer ihren Kräften entsprechenden Küstenflotte Sorge zu tragen.

3) Im gegenwärtigen Augenblick ist vor Allem eine schleunige Verständigung der Regierungen aller oder einzelner Nordseestaaten, Preußen an der Spitze, erforderlich, um eine verhältnismäßige Anzahl von Dampfschiffen zu bauen, durch welche einer für den Fall eines Krieges mit Dänemark unseren Häfen drohenden Blockade wirksam begegnet werden kann. Die Opferbereitschaft der Bevölkerung für diesen großen Zweck ist um so sicherer vorauszusetzen, weil dieselben damit gleichzeitig eine Pflicht gegen sich selbst und gegen das gesamte Deutschland erfüllen werden.

4) Die Verammlung spricht die Erwartung aus, daß die Landesvertretungen zunächst der Nordseestaaten diese wichtige Angelegenheit zu der übrigen machen werden.

Diese Resolutionen sind in Folge eines einstimmigen Beschlusses der Verammlung jetzt mittelst besonderer Schreiben an den Großherzog und an den Landtag abgesandt worden. Zu dem Schreiben an letzteren wird zugleich die „freundliche Erwartung“ ausgesprochen: „Die Vertreter des Oldenburger Landes, welches seitdem es sich des Segens einer freien Verfassung erfreut, in fortwährender Entwicklung anderen Staaten vorgezeichnet hat,

werden auch da, wo es sich um die bedeutensten Fragen unseres nationalen Daseins handelt, durch ihr Vorgehen dem großen deutschen Vaterlande zeigen, daß sie von höheren Gedanken, als denen des Vortheils der engeren Heimat getragen und durchdrungen sind.“

München, 19. Juni. Heute wurde der bayerische Chevauxlegers-Rittmeister Graf v. Leiningen mit einer hiesigen Brauerstochter, Fräul. Bloßmann, getraut. Mit dieser Vermählung tritt eine Münchener Bürgerstochter in die Verwandtschaft der Königin von England. — Die für morgen auf dem Repertoire angelegte Oper „Die Stumme von Portici“, hat auf Aller. Befehl zu unterbleiben und es wird dafür „Fidelio“ zur Aufführung kommen. Wie man hört, soll das Libretto die Schuld tragen, daß diese Oper seit den vorjährigen Ereignissen in Neapel von den hiesigen Brettern entfernt blieb. Interessant ist es, daß die „Stumme von Portici“ dieser Tage in Wien gegeben wurde und in München verboten wird.

Wien, 22. Juni. (Schl. Z.) Dem Vernehmen nach wird Se. Maj. der Kaiser den für den Monat August projectirt gemeinsamen Ausflug nach Ischl aufgeben und ist dafür eine Reise nach Corfu zum Besuche J. M. der Kaiserin in Aussicht gestellt. — Wie verlautet, ist Paul Piraly, städtischer Notar in Pesth und Verfasser der oft erwähnten Adresse der Pesther Stadtrepräsentanz, während einer Reise verhaftet worden und soll gegen denselben ein Prozeß wegen Hochverraths eingeleitet werden.

— Die Abreise J. M. der Kaiserin erfolgte heute Nachmittags 4½ Uhr mit einem Separatzuge von Lagenburg nach Mährling und von dort über Triest nach Miramare und sodann mittelst Dampfer nach Corfu. Se. Maj. der Kaiser begleitet die Kaiserin bis nach Miramare.

— Wie die CC. hört, wird Se. Excellenz der Staats-Minister Ritter von Schmerling sich demnächst in zweiter Ehe mit der Tochter des berühmten Naturforschers, des verstorbenen Professors Endlicher vermählen.

— In der Sitzung der Pesther Magnatentafel am 19. Juni äußerte Graf Say: „er wolle lieber als Ungar in die Hölle fahren, denn als Deutscher in den Himmel kommen.“ Dann sich verbeugend, fügte er hinzu, daß er doch nicht in die Hölle fahren möchte, um nicht deutschen Ministern zu begegnen.

— Aus Pesth sind in Paris am 22. Juni Nachrichten eingetroffen, wonach die Aufregung in Ungarn im Steigen ist und die österreichische Regierung 30,000 Mann in der Umgegend von Pesth zusammengezogen hat.

England.

— Durch einen Zufall erfährt man, daß sich in England eine neue religiöse Secte gebildet hat, die den Fanatismus als eines ihrer ersten Glaubens-Prinzipien anzuerkennen scheint. Es sind nämlich in kurzer Zeit nach einander der Polizei zwei Fälle bekannt geworden, daß Kinder aus Mangel ärztlichen Beistandes starben und daß die Mütter erklärten, sie gehörten der Secte „New Light“ an, die es für eine Sünde oder doch überflüssig erachte, in Krankheitsfällen einen Arzt zu Rathe zu ziehen, da Gott allein helfen könne. Die Polizei besitzt nicht die Macht, diesem Wahnsinne entgegenzutreten.

— Etwa 100 von den hiesigen Briefträgern hielten am 21. d. ein öffentliches Meeting in Greter Hall ab, um ihre Beschwerden (larger Lohn bei harter Arbeit) vor das Publicum zu bringen. Bei der Regierung hatten sie seit Jahr und Tag vergebens um Gehalts-Erhöhung petitionirt, und so beschloßen sie denn gestern einstimmig, sich direct ans Parlament zu wenden. Dort werden sie manchen Fürsprecher finden, denn im Allgemeinen steht das Publicum auf ihrer Seite, und verachtet es der Regierung, daß sie die Post zu einer Melkkub für den Schatzkanzler macht.

Frankreich.

Paris, 22. Juni. Die Regierung fühlt sich nicht recht behaglich bei dem Wahlsiege, welchen sie durch die todesverachtende Hingebung ihrer Bureaukratie beinahe auf der ganzen Linie erröchten hat. Sie hätte überall eine ganz kleine Opposition gewünscht, die durch eine eclatante Majorität erdrückt und zum Vorwand benutzt worden wäre, daß dieselbe die Gesamtschärfe der alten Parteien repräsentire. Diese Genugthuung ward ihr jedoch nicht zu Theil. Die Auflösung der Kammer würde ganz andere Elemente in das Palais Bourbon führen, als die jetzt darin vorhandenen sind, und diesem richtigen Vorgefühl verbannten die Herren Deputirten die unverkürzte Fortdauer ihres Mandats. Namentlich ist man gegen die Orlanisten aufgebracht denn je. Ein Garibaldi'scher Offizier, Herr Emile Maizon, der während des sicilischen Feldzuges Correspondent der Opinion Nationale war, ist gestern, angeblich aus Gründen der öffentlichen Sicherheit, verhaftet worden. — In gewissen Kreisen spricht man wieder die Hoffnung aus, die Kaiserin gebe mehr als je mit dem Plane um, eine Reise nach Rom anzutreten. — Aus Marseille wird gemeldet, daß im Laufe dieses Monats 200 Armstronggeschütze in Malta ausgeliefert worden und daß in dieser Woche 5 Schiffe mit Pulver und sonstiger Munition beladen von Toulon nach Genua abgegangen sind.

— Die Nachrichten aus Constantinopel und aus Rom lauten beunruhigend. In Constantinopel handelt es sich nun wirklich bald um die Erbschaft des kranken Mannes. Zu den zahlreichen anderen Verwickelungen der orientalischen Frage kommt nun noch eine neue, die controverse Erbschaftsfrage. Riza Pascha hat einen Präbendenten, den er auf den morschen Thron zu setzen beabsichtigt, den ältesten Sohn des gegenwärtigen Sultans (22 Jahre alt, aber durch übertriebenen Sinnenreue völlig entnervt und erschöpft), während die Ulema und die alttürkische Partei den durch Gesetz und Herkommen berufenen Bruder Abdul Medjid (31 Jahre alt, sehr thätig und energisch) vorziehen.

— Der „Moniteur“ theilt mit, daß der Sultan die neue Organisation des Libanon und die Ernennung Daud Gendis zum Gouverneur des Gebirges bestätigt hat. Diese Wahl wurde vom Gesandten des Kaisers der Franzosen in Constantinopel, so wie von den übrigen Mitgliedern der Konferenz mit Genugthuung vernommen. Der neue Gouverneur soll sich zu Anfang der nächsten Woche auf seinen Posten begeben; die europäischen Commissäre in Syrien werden seiner Einsetzung beizohnen. Daud Gendi ist untrier Armenier; sein bisheriger Mitbewerber, Miran Bey, der frühere türkische Gesandte in Brüssel, ist gleichfalls untrier Armenier. Als General-Gouverneur für Syrien ist bekanntlich Fuad Pascha genannt worden; derselbe hat jedoch diesen Posten abgelehnt. So wird wenigstens heute hier in Paris berichtet. Charakteristisch ist übrigens in hiesigen diplomatischen Kreisen die Zuversicht, mit der man die baldige Auflösung des Sultans erwartet.

— Daß der Herzog von Grammont, der nach Ueberreichung der Note über Italiens Anerkennung durch Frankreich im Vatican seine „Baderie“ nach Vichy antreten wollte, die Abreise von Rom bis auf Weiteres vertagt hat, bestätigt sich. Die Besserung im Befinden des Papstes zeigt laut Depeschen vom 18. Juni aus Rom, keinen Bestand.

— Der „Eberk. Zeitung“ wird von hier geschrieben: „Man bemerkt allgemein, mit welcher Auszeichnung Fürst und Fürstin Metternich in Fontainebleau behandelt werden. Der Fürst und die Fürstin bewohnen den Schloßflügel Ludwigs XV., ein für die Prinzen von Orléans bestimmtes Appartement. Unter Ludwig Philipp war es das des Herzogs v. Nemours, jetzt bewohnt es gewöhnlich Prinz Napoleon. So wohl bei Spazierritten als bei Wagen-Fromenaden sieht man den Fürsten zur Seite der Kaiserin und die Fürstin vom Kaiser begleitet. Die Fürstin gilt als die Seele aller Gesellschaften und Gesellschaftsspiele bei Hofe. Sie ist eine große Verehrerin des „Sport Nautique“, und man sieht sie auf dem See des Parks, als Canotier costumirt, häufig umherdrehen.“

Dirschau, den 25. Juni 1861, Franz Wawdicki

